

### Deutschland nach der Wahl: Wohin steuert Schwarz-Gelb in der Bildungspolitik?

Vor der Bundestagswahl waren sich alle Parteien in einem Punkt einig: Für die Bildung muss mehr Geld her. Deutschland gibt bisher lediglich 4,8 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Bildung aus, im OECD Durchschnitt sind es dagegen 6,1 Prozent. Es muss zusätzliches Geld in die Bildung investiert werden, wenn Deutschland besser dastehen soll. Allerdings unterscheiden sich die Parteien

und Grüne mehr staatliche Aufwendungen für die Weiterbildung und klarere rechtliche Regulierungen.

#### Eckpunkte der Parteiprogramme im Bereich Bildung

Dies sind die Eckpunkte der Parteiprogramme der zukünftigen Koalitionspartner für den Bereich Bildung, so wie sie es vor der Bundestagswahl verkündet haben:

#### FDP

Die FDP will, dass „möglichst“ bis 2010 mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung investiert werden. Die Entscheidung über Studiengebühren und deren Höhe soll jede Hochschule selbst treffen können. BAföG und staatliche Kreditprogramme für Studierende sollen zusammengelegt werden, um mehr Menschen unterstützen zu können. Die FDP will, dass feste Bildungsstandards definiert werden, um bundesweit „gleiche Bildungschancen“ zu ermöglichen. Jedes Kind soll ab dem ersten vollendeten Lebensjahr einen Gutschein erhalten, mit dem unter anderem Krippen und Sportvereine genutzt werden können. Die Fortbildung, etwa von Handwerksmeistern ohne Abitur an Hochschulen, soll gefördert werden.

Nun kann man gespannt sein, was im Koalitionsvertrag zum Thema Bildungspolitik vereinbart wird. Wenn es nach dem Willen der Protagonisten geht, soll dieser Anfang November stehen.

#### CDU/CSU

Die Union will, dass bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Bildung und Forschung investiert werden und spricht sich für den

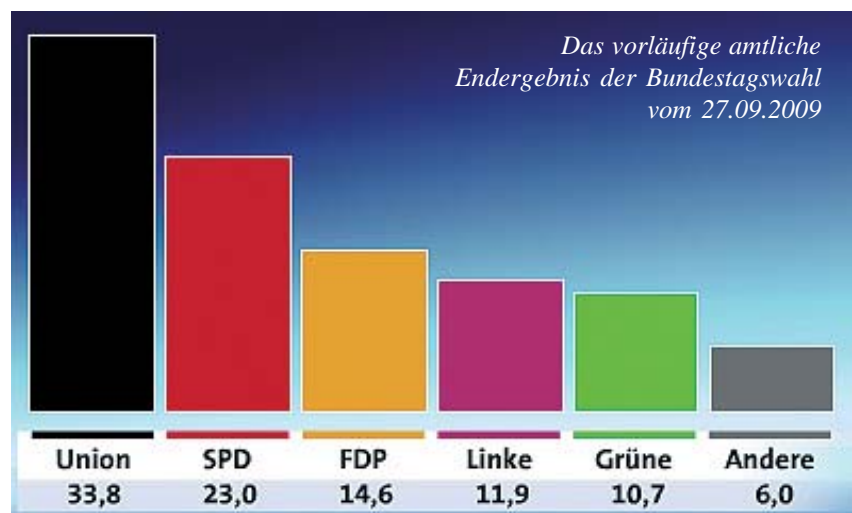
Erhalt des gegliederten Schulsystems aus. Abschlüsse und Bildungseinrichtungen sollen deutschlandweit standardisiert und vergleichbar gemacht werden - auch international. Bildung soll keine Frage der finanziellen Lage sein. Die Union will den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern und „auf geringere Studienabbrecher-Quoten hinwirken“.



deutlich in ihren Forderungen nach den Mitteln, mit denen sie nach der Wahl die Bildung, insbesondere die Weiterbildung, vorantreiben wollen. Während das bürgerliche Lager mehr auf Sparen und Selbstverantwortung des Einzelnen setzt, fordern SPD, Linke

#### Inhalt

- Deutschland nach der Wahl
- BBB-Vorsitzender Siegfried Schmauder: Editorial
- BBB-Fachtagung zur AZWV
- Kolpingwerk Deutschland: Mindestlohn hilft gegen Armut
- OECD: Bildung auf einen Blick 2009
- Internetauftritt des BBB gut nachgefragt
- BMAS startet Weiterbildungs-Programm mit Sozialpartnern



Liebe Leserinnen und Leser,

der Ausgang der diesjährigen Bundestagswahl beschäftigt die Parteistrategen und Wahlforscher wie kaum ein anderes Wahlergebnis in der jüngeren Vergangenheit. Die umfangreichen Wählerwanderungen und der stark gestiegene Nichtwähleranteil werden noch für geraume Zeit die Ursachenforschung in den Parteizentralen bestimmen. Alle Parteien im neu gewählten Bundestag haben im Wahlkampf auf die große Bedeutung der Bildung hingewiesen und die Notwendigkeit betont, auf diesem Feld mehr zu investieren. Insofern könnte der Ausgang dieser Bundestagswahl unabhängig vom politischen Standort des jeweiligen Betrachters bei den Bildungsträgern mit großer Gelassenheit zur Kenntnis genommen werden. Wären da nicht die angespannten ökonomischen Rahmenbedingungen in unserem Land, die die Agenda des Regierungshandelns und die Prioritäten der neuen Bundesregierung bestimmen werden. Der Bildungsverband sieht in dieser Zeit des Überganges von einer Bundesregierung auf die andere eine wichtige Aufgabe darin, mit den neuen Verantwortlichen in den Fraktionen und Ministerien den Gesprächsfaden aufzunehmen und den Anliegen der Weiterbildungsbranche Gehör zu verschaffen. Die alten Themen (OECD-Bericht, qualifizieren statt entlassen, Mindestlohn in der Weiterbildung etc.) sind überwiegend auch die neuen Themen. Hinzu kommt auf dem Gebiet der aktiven Arbeitsmarktpolitik, dass bei der SGB II und SGB III geförderten Weiterbildung dringend Planungssicherheit für 2010/2011 geschaffen werden muss. Zumindest in dieser Frage ist in der künftigen Regierungskoalition mit deutlich unterschiedlichen Standpunkten bezüglich Art und Umfang der Förderung zu rechnen.

Mir scheint es daher mehr denn je geboten, dass sich die namhaften Weiterbildungsverbände in Deutschland auf gemeinsame Positionen verständigen und diese gegenüber der Politik und den relevanten Institutionen mit Nachdruck vertreten.

Ihr

Siegfried Schmauder

## AZWV in der Praxis

### Erfahrungsaustausch zum Standard im Bereich Förderung der beruflichen Weiterbildung

„AZWV in der Praxis“ lautete das Motto eines Erfahrungsaustausches unter Leitung des BBB-Vorstandsvorsitzenden Siegfried Schmauder in Göttingen. Rund 50 interessierte Vertreter von Bildungsträgern und Zertifizierungseinrichtungen diskutierten am 15. September die AZWV und ihre Anwendung in der „Bildungswirklichkeit“.

# AZWV

## Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung

Die „Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung“, kurz AZWV, trat vor rund vier Jahren in Kraft, vor fünf Jahren wurde sie als Entwurf veröffentlicht. Sie definiert für die Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) Anforderungen an Bildungsträger und Maßnahmen. Inwiefern diese Kriterien eingehalten werden, prüfen so genannte fachkundige Stellen, also Zertifizierungsorganisationen. Als qualitative Voraussetzungen an den FbW-Bildungsträger definiert die AZWV beispielsweise Seriosität, Qualifikation des Personals, Eignung der Infrastruktur und das Vorhandensein eines Qualitätsmanagementsystems. Bei Maßnahmen müssen nach der AZWV Konzeption, Zulassungsvoraussetzungen, Art des Abschlusses, Maßnahme- bzw. Teilnahmedauer sowie die Qualifikation der eingesetzten Mitarbeiter so zusammenwirken, dass der Kursteilnehmer anschließend möglichst in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt und die Maßnahme insgesamt wirtschaftlich durchgeführt wird. Diese Kriterien werden in der AZWV selbst, aber auch in den sie konkretisierenden Empfehlungen bzw. Feststellungen des Anerkennungsbeirats sowie den Informationen der Anerkennungsstelle definiert.

Inwiefern wird die AZWV in ihrer tatsächlichen Anwendung dem beschriebenen Anspruch gerecht? Dieser Frage wollte der BBB nachgehen. Dazu hat der Arbeitskreis Qualitätsmanagement einen Leitfaden für die Durchführung von Interviews mit den fachkundigen Stellen definiert. Die Befragung selbst thematisierte die Bedeutung der AZWV für Bildungsträger und fachkundige Stellen, die Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen, die „AZWV-Fähigkeit“ bestimmter Maßnahmen sowie die Erkenntnisse aus Prüfungen durch BA und Regionale Einkaufszentren.

Die lebhafte Diskussion der Befragungsergebnisse durch die Vertreter „beider Lager“, also fachkundige Stellen und Bildungsträger, wurde in Göttingen moderiert von Sigrid Baumann-Tornow, Geschäftsführerin eines Mitgliedsunternehmens des BBB und derzeit Vertreterin der Bildungsverbände im Anerkennungsbeirat.

Die Bewertungskriterien und Prüfstandards der fachkundigen Stellen unterscheiden sich in einigen Aspekten zwar im Detail. Umso wichtiger sei, so Tenor der Veranstaltung, ein regelmäßiger Austausch aller Beteiligten, wie jetzt vom BBB initiiert. Übereinstimmend aber waren die Teilnehmer der Auffassung, dass sich die AZWV grundsätzlich bewährt und zur Qualitätssteigerung in der beruflichen Weiterbildung insgesamt beigetragen habe.

Corinna Kieser  
BBB-Arbeitskreis  
Qualitätsmanagement



## Mindestlohn hilft gegen Armut

### Kolpingwerk Deutschland erneuert seine Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn

„Wenn wir Armut in Deutschland bekämpfen wollen, ist der Mindestlohn ein wichtiger Schritt“, erklärte Ulrich Benedix, Mitglied im Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland. Das Kolpingwerk Deutschland fordert eine Mindestvergütung, die sich nach einem jährlich zu ermittelnden soziokulturellen Existenzminimum richtet und nicht unter 7,50 Euro pro Stunde liegt.

„Der Stundenlohn muss so hoch sein, dass sich die Arbeit für den

Arbeitnehmer auch lohnt. In einem Vollzeitverhältnis muss sein Verdienst deutlich über den staatlichen Grundsicherungsleistungen liegen“, betont Benedix. „Ein gerechter Lohn ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und die Wahrung der Menschenwürde. Es kann nicht sein, dass es Familien gibt, die trotz Vollerwerbstätigkeit beider Eheleute auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind.“

Die Einberufung der Mindestlohn-Kommission unter Leitung des früheren Hamburger Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi sei, so Benedix, zwar ein kleiner Schritt. „In Zeiten einer sinkenden Qualität der Beschäftigungsverhältnisse durch die

Zunahme von Leih- und Zeitarbeitsverhältnissen genügt dies aber nicht.“



Ulrich Benedix, Mitglied im Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland

## OECD: Deutschland gibt nach wie vor zu wenig Geld für Bildung aus

Deutschland liegt mit seinem Bildungssystem trotz leichter Verbesserungen international weiter zurück. Dies geht aus dem neuen weltweiten Bildungsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor, der am 08.09.2009 in Berlin veröffentlicht wurde.

So erwerben in anderen Industrieländern deutlich mehr junge Menschen einen Hochschulabschluss. Ebenso beteiligen sich dort erheblich mehr Ältere an hoch qualifizierter Weiterbildung. Auch der Anteil der Bildungsausgaben am Brutto-Inlandsprodukt ging in Deutschland erneut leicht zurück. Während Spitzenreiter wie die USA, Korea und Dänemark einen Anteil von mehr als sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Ausbildung investierten, erreichte Deutschland im Jahr 2006 lediglich einen Anteil von 4,8 Prozent. Unter den OECD-Ländern hätten nur Irland, Spanien, die Slowakei und die Türkei weniger für Bildung ausgegeben als Deutschland.

### „Jetzt der richtige Zeitpunkt für Investitionen“

Die OECD in Paris, die die 30 wichtigsten Industriestaaten bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung berät,

forderte die Bundesrepublik nachdrücklich zu weiteren Reformanstrengungen auf. „Wenn Deutschland gestärkt aus dieser Wirtschaftskrise hervorgehen will, dann ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, in Bildung und höhere Qualifikation zu investieren“, sagte OECD-Bildungsdirektorin Barbara Ischinger.

Dem Bericht zufolge schlossen 2007 in Deutschland 23 Prozent eines Jahrganges ein Studium ab. International lag die Absolventenquote aber bei 36 Prozent.

Auch in der Weiterbildung hinkt Deutschland laut OECD hinterher. Während in Australien, Finnland oder Schweden 13 Prozent und mehr der 30- bis 39-Jährigen für ein Vollzeit- oder Teilzeitstudium eingeschrieben sind, sind es in Deutschland nur 2,5 Prozent. Nach der Türkei und Korea ist das der geringste Wert innerhalb der OECD.

### „Investitionen in Bildung sind die beste Krisenbewältigung“

„Der internationale Vergleich der Bildungssysteme zeigt wieder einmal wie groß der Nachholbedarf Deutschlands vor allem bei den Investitionen in Bildung ist. In diesem Schneckentempo wird Deutschland mit den anderen Industrienationen nicht mithalten können - schon gar nicht, wenn der Wettlauf um die besten Köpfe immer härter wird“, sagte Sachsens Wissenschaftsministerin Dr. Eva-Maria Stange heute als Reaktion auf den aktuellen OECD-Bericht *Bildung auf*

*einen Blick 2009*. Investitionen in Bildung seien die wichtigste Voraussetzung dafür, dass Deutschland im Wettbewerb mithalten könne.

Die diesjährige Ausgabe von *Bildung auf einen Blick* wird zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, da sich alle Aufmerksamkeit auf die Finanzkrise und ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen richtet. Die vorgestellten Untersuchungen stützen sich auf Daten bis zum Jahr 2007, daher enthält diese Ausgabe noch keine Einschätzungen der Auswirkungen der Krise auf die Bildungssysteme, dennoch werden wichtige Faktoren für die Diskussion darüber präsentiert, wie Investitionen in das Humankapital zum wirtschaftlichen Wiederaufschwung beitragen können.

(Links zum Bericht finden Sie auf unserer Website.)



## Internetauftritt des BBB gut nachgefragt!

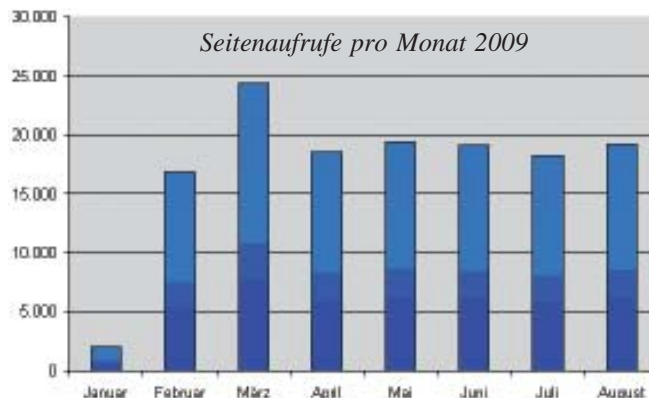
Mit Beginn des Jahres 2009 haben wir unseren Internetauftritt auf eine neue Domain umgestellt – [www.bildungsverband.info](http://www.bildungsverband.info). Da die alte .de-Adresse auf die neue Seite umgeleitet wurde, gab es auch keine uns bekannten Schwierigkeiten der Erreichbarkeit unseres Webauftrittes. Die neue Adresse scheint jedenfalls für die Benutzer keine Hürde gewesen zu sein. Nach einer kurzen „Aufwärmphase“ im Januar entwickelten sich die Besucherzahlen erfreulich konstant.

Im Durchschnitt können wir einen monatlichen Aufruf von rund 19.500 Seiten verzeichnen. Auch das so genannte „Sommerloch“ führte dabei zu keinem größeren Absinken der Zahlen. Dabei stehen die Seiten, welche aktuelle Informationen enthalten,

natürlich ganz oben in der Statistik. Die relativ hohen Zugriffszahlen im März d. J. sind sicherlich in dem hohen Informationsbedürfnis im Zusammenhang mit der Novellierung zum Arbeitnehmer-Entsende- und Mindestarbeitsbedingungengesetz zu suchen. Die Abstimmung dazu hatte im Februar im Bundestag stattgefunden.

### Neuer Mitgliederbereich gut angenommen

Mit ca. 3500 Aufrufen der Seiten des nicht öffentlichen, nur für Mitglieder zugänglichen Bereichs in den ersten acht Monaten dieses Jahres entwickelt sich auch dieses Angebot sehr erfreulich und wird offensichtlich gerne angenommen.



## BMAS startet Weiterbildungs-Programm mit Sozialpartnern

### 140 Millionen Euro zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) startet gemeinsam mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) ein umfangreiches Programm zur Stärkung der beruflichen

Weiterbildung in Deutschland. In den kommenden Jahren (bis 2013) werden für das neu aufgelegte Programm "weiter bilden" 140 Millionen Euro aus Bundesmitteln und Mitteln des Europäischen Sozialfonds bereit gestellt.

**weiter bilden**  
Initiative für berufsbegleitende Bildung

Das Programm "weiter bilden" ist gemeinsam mit den Sozialpartnern entwickelt worden. Gefördert werden betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen sowie Vorhaben, die die Rahmenbedingungen für betriebliche Weiterbildung verbessern sollen. Voraussetzung für eine Beteiligung an dem Programm ist eine Vereinbarung der jeweils zuständigen Sozialpartner. Diese Vereinbarung muss die Prioritäten und Qualifikationsbedarfe für die einzelnen Branchen benennen.

Bund und Länder hatten sich im Oktober letzten Jahres beim Bildungsgipfel in Dresden verständigt, die Weiterbildung zu stärken. Als Ziel war vereinbart worden, die Beteiligung der Erwerbsbevölkerung an Weiterbildung bis zum Jahr 2015 von derzeit 43 auf 50 Prozent zu steigern.

Dazu erklärt Olaf Scholz, Bundes-

Ca. 15% der Besucher kommen über verlinkte Seiten der Webauftritte unserer Mitglieder, 50% finden uns über den Suchdienst google und der Rest ruft unsere Seiten direkt auf.

Seit September dieses Jahres haben wir das Layout unserer Eingangsseite etwas verändert und hoffen auch weiterhin, dass dieses Angebot rege genutzt wird.

minister für Arbeit und Soziales: „Unternehmen, Gewerkschaften und Bundesregierung sind sich einig, dass die berufliche Weiterbildung in Deutschland weiter nach vorn gebracht werden muss. Wir müssen stärker in Weiterbildung investieren. Qualifizierte und gut motivierte Belegschaften sind im internationalen Wettbewerb ein wichtiger Standortvorteil für Deutschland. Deshalb brauchen wir neben zeitlich befristeten Sofortmaßnahmen auch Instrumente, die auf eine längerfristige Entwicklungen hin ausgerichtet sind. Der Ansatz dieses Programms stärkt die Rolle der Sozialpartner im Bereich der betrieblichen Weiterbildung.“



**Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales**

Weitere Informationen sowie die nötigen Formulare für die Antragstellung sind unter [www.registelleweiterbildung.de](http://www.registelleweiterbildung.de) abrufbar.



#### Herausgeber:

Bundesverband der Träger  
beruflicher Bildung  
(Bildungsverband) e.V.

Französische Straße 8  
10117 Berlin  
Tel. 030 20454849

Verantwortlich:  
Siegfried Schmauder, Vorsitzender

Redaktion:  
Peter Rother und Andreas Nierhaus  
Tel. 040 35094 212  
Fax 040 35094 225  
[peter.rother@bildungsverband-online.de](mailto:peter.rother@bildungsverband-online.de)

[www.bildungsverband.info](http://www.bildungsverband.info)

Ausgabe Oktober 2009